

Es gilt das gesprochene Wort

TOP 2: Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Angelika Birk:

Nr. 378.07 / 13.09.2007

Der Schulweg darf nicht am Geld scheitern

Für die große Koalition im Landtag scheint das Thema Schülerbeförderungskosten nach Beilegung ihres Koalitionskrachs erledigt. Für die Eltern, die jetzt zum Schulanfang das Geld für die Buskarten für ein halbes oder ganzes Jahr im Voraus bezahlen müssen, keineswegs. In Ostholstein, Steinburg und Dithmarschen haben sich Elterninitiativen gegründet, die beginnen sich landesweit gegen die Schülerbeförderungskosten zu organisieren.

Und zu recht: Manche Kreise scheuen sich nicht, sogar von armen Eltern mit Transfer Einkommen eine Vorauszahlung dieser Kosten zu verlangen, obwohl das Schulgesetz wenigstens Hartz IV-EmpfängerInnen von der Last der Schülerbeförderung befreien will.

Wir Grünen haben schon letztes Jahr zu den Haushaltsberatungen einen gegenfinanzierten Vorschlag gemacht, wie die Schülerbeförderungskosten für die Eltern zu vermeiden sind. Der FDP-Vorschlag zielt in die gleiche Richtung, daher stimmen wir diesem zu.
